



Seit fast anderthalb Jahren wartet Norbert Bülow darauf, das Unfallkrankenhaus Berlin-Marzahn verlassen und in seine Eigentumswohnung in Friedenau zurückkehren zu können.

Foto: Jens Gyarmaty

Damals, 2006, als zur Weltmeisterschaft alle Nachbarn zusammen im Hinterhof des großen Wohnhauses in Berlin-Friedenau zusammen Fußball schauten, war eigentlich alles friedlich. „Es gab kaum Streitigkeiten“, erinnert sich Birgit Bülow. Es sei harmonisch gewesen, ein gutes Miteinander, erzählt auch ihr Mann Norbert Bülow. „Es wurde im Haus geschmückt und auch mal gegrillt.“ Heute liegt das Sommermärchen in weiter Ferne. In den letzten Jahren häuften sich die Konflikte. Zuerst nur wegen Lärm und anderer Kleinigkeiten. Aber jetzt sagt man sich in dem Wohnhaus kaum noch guten Tag. In der Nachbarschaft ist Krieg ausgebrochen, der sich wie ein Abgrund durch das Haus zieht und seine Bewohner in zwei Lager teilt: für oder gegen den Aufzug.

Was ist passiert? Alles nahm seinen Anfang an dem Tag, als Norbert Bülow in den Rollstuhl kam.

Am 29. Mai 2019 fährt Bülow morgens mit dem Fahrrad zur Arbeit. An einer abknickenden Vorfahrtsstraße übersieht ihn ein Autofahrer. Bülow wird über sein Fahrrad geworfen und landet auf der Schulter. Aus dem Krankenwagen auf dem Weg ins Unfallkrankenhaus Marzahn ruft er seine Frau Birgit an. Das ist das letzte Mal für längere Zeit, dass sie seine Stimme hören wird: Beim Sturz ist Norbert Bülows Halswirbelsäule gebrochen, er wird operiert, liegt im künstlichen Koma und erfährt nach dem Aufwachen, dass er trotz chirurgischer Intervention querschnittsgelähmt ist.

Ende November 2019 sitzt Bülow in der Eigentümerversammlung in einem Kongresshotel in Berlin. Es ist seit dem Unfall der erste Ausflug nach draußen. Er kann zwar wieder sehen, aber noch nicht wieder sprechen. So muss er schweigend mitanhören, wie sich ein Teil seiner Nachbarn gegen den Anbau eines Fahrstuhls ans Haus ausspricht, der es ihm ermöglichen würde, nach Hause zu kommen. An den Kosten kann es nicht liegen, denn die trägt Bülows Berufsgenossenschaft. Der Prozess ist zäh, erst Ende August 2020 liegt das Ergebnis der Abstimmung vor: Von den zehn stimmberechtigten Eigentümern sind fünf Parteien dafür, vier dagegen und eine enthält sich. Weil bauliche Veränderungen in der Eigentümerversammlung einstimmig beschlossen werden müssen, reicht eine Gegenstimme.

Welche Umstände können dazu führen, dass Eigentümer sich zusammenschließen und mit ihrer Entscheidung verhindern, dass ein Mensch und Nachbar nach Hause kommt?

Birgit Bülow wirkt wie eine herzliche und bestimmte Frau, die Probleme schnell anpackt. Sei es der Austausch ihrer kaputten Waschmaschine – oder der barrierefreie Umbau ihrer Wohnung. „Die Operation war der Moment, als ich angefangen habe zu organisieren“, erzählt die 57-Jährige an einem Mittwochabend im Oktober. Aber sie ist auch erschöpft. Jeder einzelne Tag ihres neuen Lebens dreht sich um den Aufzug. Mehr-

mals am Tag bekommt sie Anrufe, von der Architektin, bei der sie eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gab, von den Ärzten ihres Mannes oder von der Berufsgenossenschaft. Sie hat sich mittlerweile ins Homeoffice versetzen lassen. Die Menge an Anrufen war ihren Kollegen nicht mehr zuzumuten. Von ihrem Job als Projekt- und Büromanagerin eines Architekturbüros wollte sie sich nicht beurlauben lassen, denn die Arbeit ist ihr eine willkommene Ablenkung.

„Manchmal habe ich mich gefragt, warum ich noch nicht verrückt geworden bin“, sagt Norbert Bülow in seinem Zimmer im dritten Stock des Unfallkrankenhauses Marzahn, in dem er auch 18 Monate nach dem Unfall noch wohnt. Auf dem Gang hängen gerahmte Fotografien von Menschen, die im Rollstuhl Berge erklimmen oder in Liegefahrrädern Wettrennen fahren. Um Bülow zu besuchen, braucht man einen Ganzkörperlift zum Schutz gegen Krankenhausbakterien und Corona. Er sitzt aufrecht im Rollstuhl vor dem Fenster. In seinem Zimmer stehen wenige private Dinge; es macht den Eindruck, als könnte er jeden Moment entlassen werden. Bülow kann nur langsam sprechen. Der Luftröhrenschnitt zwingt ihn, alle paar Worte aktiv Luft zu holen. „Bevor das erste Treffen mit den Eigentümern stattfand, hatte ich noch die Erwartung gehabt, dass es gut ausgeht“, erinnert sich der 57-Jährige. Als er im Rollstuhl in den Raum kam, habe ihn kaum einer der Nachbarn begrüßt oder gefragt, wie es ihm gehe. Dann begann die Diskussion. „Einer der Nachbarn hat nur auf den Boden geschaut, während er seine Argumente gegen den Aufzug einbrachte. Der Rest war eine stumme Masse.“

„Ab der Versammlung war Stillstand“, sagt Birgit Bülow. Anfang Juni hatten sie und ihr Mann die Baupläne für den Aufzug vorgelegt. Er soll im Hinterhof an einer Brandschutzwand angebracht wer-

den, der einzig mögliche Ort, so Bülow. Bis zum 18. Juli habe es die Möglichkeit gegeben, Fragen zu stellen. Keiner habe sich gemeldet. Nachdem die Vereinbarung als Umlaufbeschluss an die Eigentümer gegeben wurde, kam Mitte August das ernüchternde Ergebnis der Abstimmung: vier Gegenstimmen. Birgit Bülow hat die Eigentümer einzeln besucht und gefragt, warum. Einige antworteten ihr, den Bauplan nicht verstanden zu haben. Andere wollten den Aufzug an einer anderen Stelle haben, weil sie Lärm befürchten. Ein Nachbar hatte sich schon in die Ferien verabschiedet. Für die Bülows drängt die Zeit, aber bei der Frage um den Aufzug sitzen sie am kürzeren Hebel. Sie sind von der Zustimmung ihrer Nachbarn abhängig.

Fragt man die Nachbarn nach ihrer Perspektive, steht man vor verschlossenen Türen. Die Gründe dafür sind unklar, keiner möchte sich äußern. Sie gegen einen Behinderten zu stellen wirkt wohl nicht wie eine Position, zu der man sich in einer Zeitung gern bekennt. Welche Gründe würden schon schwer genug wiegen, um ein Nein zu rechtfertigen? Nur eine Frau ist bereit, Fragen zu beantworten. Es ist die direkte Nachbarin der Bülows, mit der die Familie seit Jahren befreundet ist. Lust auf das Gespräch hat auch sie nicht, dafür dauert der Konflikt im Haus schon zu lange. Sie vermutet, dass die anderen Eigentümer mit Nein gestimmt haben, weil sie einen Wertverlust der Immobilie fürchten. „Meins, meins, meins“, sei die Haltung dahinter.

Schließlich meldet sich doch noch jemand per E-Mail zurück. Dieser Nachbar äußert sich, damit „das Bild mehr Farbe“ bekomme. Er schreibt von „nächtlichem Mobbing“, geschmacklosen Klänge und Beschimpfungen durch die Söhne und von Stöckelschuhen in der Nacht. Lauter im Haus sei es immer, wenn die Söhne der Bülows da sind, bestätigt auch die Nachbarin. Aber das sei

ihrer Meinung nach kein Grund, die Eltern dafür zu strafen. Der E-Mail-Verfasser erinnert sich an grobe Briefe von Birgit Bülow, die sich über sein Klavierspiel beschwerte. Bülows erinnern sich an diese Briefe nicht. Sie hören in ihrer Wohnung von drei Seiten Klavierspiel. Der Nachbar glaubt weiter, dass der Einbau eines Fahrstuhls an der fehlenden Gesprächsbereitschaft und an der fehlenden Verbundenheit der Bülows mit der Hausgemeinschaft scheiterte. Auf diesen Vorwurf angesprochen, wehrt sich Bülow. Er habe sich 15 Jahre lang als Vertreter des Eigentümerbeirats engagiert. Der Nachbar schreibt jedoch auch, nicht den Eindruck zu haben, dass die, die ihre Zustimmung bislang verwehrt haben, den Fahrstuhl kategorisch ausschließen. Vielmehr sei eine Mediation vorgeschlagen worden, um eine Lösung zu finden, die alle zufriedenstelle. Sie wird nun auch stattfinden.

Die Nachbarin erzählt noch von einer Situation, bei der sie sich sicher gewesen sei, dass sie die Nachbarn umstimmen würde. Am 11. Juli soll eine Pflegekraft Bülow mit Hilfe einer Treppenraupe zum ersten Mal in seine Wohnung bringen. Der Pfleger ist mit dem Gebrauch der Raupe nicht ausreichend geschult und lässt Bülow die Treppe runterfallen. Er kommt mit einer Kopfverletzung und inneren Blutungen ins Krankenhaus. Als er aufwacht, kann er weder sehen noch eigenständig Luft holen. Genau wie nach seinem ersten Unfall. Die Nachbarin schickte daraufhin eine eindringliche E-Mail in die Runde mit der Bitte, es sich noch mal zu überlegen. Nur eine Nachbarin habe sich zurückgemeldet und ihr Mitgefühl ausgedrückt.

Seitdem hat sich nicht viel verändert. Norbert Bülow schätzt, dass er in den vergangenen Monaten zwischen 30 und 40 E-Mails mit den anderen Eigentümern ausgetauscht hat. Aber dieser Kommunikationsweg hat Grenzen. Worte zu

finden, die seine Situation beschreiben, fällt ihm schwer. Und was könnte er ihnen schon schreiben, was nicht schon offensichtlich wäre? Ich sitze im Rollstuhl, ich weiß nicht, was mit meinem Leben passiert ist, bitte lasst mich nach Hause? „Das wissen sie bereits“, sagt Bülow. Gibt es eine Alternative?

„Wir haben überlegt wegzuziehen“, sagt Birgit Bülow. „Aber du findest in Berlin nichts, was barrierefrei und bezahlbar ist.“ Nach Angaben des Statistischen Bundesamts fehlten 2019 etwa 386.000 entsprechende Wohnungen bundesweit. Außerdem sei ihre Eigentumswohnung in Friedenau perfekt – wenn sie nicht im dritten Stock läge. Norbert Bülow könnte von hier aus die S-Bahn zur Arbeit in den Wedding nehmen. Er arbeitet seit 35 Jahren als Informatiker bei Bayer. Die Arbeit ist ihm wichtig. Und Birgit Bülow will auch nicht, dass ihr Mann jetzt auch noch sein soziales Umfeld verliert. Er habe bis heute den Rollstuhl nicht akzeptieren können. Häufiger erlebe sie, dass er zum Beispiel an Urlaube mit dem Fahrrad denke und dann sage: „Das geht ja jetzt nicht mehr.“ Er trauere noch, sagt Birgit Bülow über ihren Mann. Das Unfallfahrrad hat sie nach der Reparatur dem Sohn einer Freundin geschenkt. Sie wollte nicht, dass es im Keller steht.

„Wäre ich schon zu Hause, wäre das im Kopf etwas anderes“, sagt Bülow in seinem Krankenzimmer. Er hatte noch nicht die Gelegenheit, Rollstuhlfahrer zu werden, sondern ist noch komplett von der Hilfe anderer Menschen abhängig. Wie er da sitzt, merkt man, dass ihm dieser Zustand zuwider ist. Die Situation zwingt ihn, zu bitten und zu fordern und mit seinen Bedürfnissen im Mittelpunkt zu stehen, obwohl er da nie hin wollte. „Das Projekt ist jetzt Norbert“, sagt auch seine Frau. Die Nachbarn sind nicht die Einzigen, die ihre Einstellung zu ihm verändert haben, findet er. Einige Freunde haben sich von ihm losgesagt. Andere seien dafür näher gerückt. „Bei einigen ist ein unterschwelliges Bedürfnis da, das nicht um sich haben zu wollen“, vermutet er. Dieses „das“ ist die Behinderung, mit der er bis an sein Lebensende wird leben müssen.

Die Bülows würden heute vieles anders machen. Hätten sie geahnt, dass der Fahrstuhl ein so großes Problem ist, wären sie dem Prozess mit mehr Vorsicht begegnet und hätten sich auf die Ablehnung der Nachbarn vorbereiten können, sagen sie. Jetzt hoffen sie, dass die nächste Abstimmung für den Aufzug ausfällt. Sie setzen auf das Mitgefühl ihrer Nachbarn. Auch deswegen haben sie sich bereit erklärt, ihre Geschichte zu erzählen.

Der Nachbar schreibt in seiner E-Mail, er glaube, die Bülows dämonisierten jeden, der sich gegen den Fahrstuhl ausspreche, als bösen Nachbarn, der kein Mitgefühl gegenüber Menschen mit Behinderungen zeige. „Auch Familien mit einem behinderten Familienmitglied können schlechte Nachbarn sein“, so endet seine E-Mail. Die Nachbarin der Bülows hingegen hält bei der Verabschiedung noch mal inne und sagt dann: „Ich wünsche mir, dass es endlich nicht mehr nur um den Aufzug geht, sondern um Norbert.“

Auf nicht ganz so gute Nachbarschaft

Für oder gegen den Aufzug: In einem Berliner Wohnhaus gibt es Streit. Leidtragender ist ein Rollstuhlfahrer.

Von Lena Fiedler

DER LANDARZT



IMPFFEN AM FLIESSBAND?

VON DR. THOMAS ASSMANN

Meine Zeit ist 6:30 Uhr wirklich nicht, aber ich musste los, um rechtzeitig vor dem Beginn der Sprechstunde um 8 einen Hausbesuch bei einer Patientin zu machen. Die Patientin wurde sehr mutig und sehr früh nach einer sehr schweren OP nach Hause entlassen. Ich soll jetzt die Kontrolle des Blutbilds und die Wundinspektion sowie weitere Behandlungen übernehmen, die sonst während des angezeigten stationären Aufenthalts durchgeführt worden wären.

Diese Erfahrung machen momentan viele hausärztliche Kollegen. Unter dem Eindruck von Covid werden Krankenhauspatienten sehr früh entlassen oder erst gar nicht mehr aufgenommen. Gerade auf dem Land führt das zu immer mehr Arbeit für die Hausarztpraxen. Der Tag endete für mich um 21 Uhr mit einem letzten Hausbesuch im Altenheim.

Ich will nicht jammern, ich finde meinen Beruf immer noch exorbitant gut, aber wir kommen langsam aber sicher an unsere Belastungsgrenze. Ein Zwölf-Stunden-Arbeitstag wird immer mehr zur Regel als zur Ausnahme.

Auch für unsere Medizinischen Fachangestellten und unser Praxisteam wird die Belastung immer höher, unter anderem, weil unsere Mitarbeiter erklären müssen, warum es seit Monaten keinen Impfstoff gegen Lungenentzündung gibt. Und warum wir seit Wochen auf weitere, zugesagte Gripeschutzimpfstoffe warten, die aber nicht geliefert werden. Am Tresen müssen meine Mitarbeiter sich dann noch anhören, wir würden Impfstoff für Privatpatienten horten, einfach unfassbar.

Natürlich müssen in der Pandemiezeit auch viele andere Berufsgruppen sehr viel arbeiten und leisten. Aber von vielen unbemerkt, auch von der Politik, kommen immer mehr die Hausarztpraxen unter Druck, und es droht der Totalausfall, mit unabsehbaren Konsequenzen für die Patienten.

Aber wie sieht es mit Unterstützung aus? Kommt uns die Bundeswehr zu Hilfe, werden wir wahrgenommen? Das ist leider zurzeit Fehlanzeige. Nur: Wenn es so weiter geht ohne Unterstützung, werden Praxen aus der Versorgung aussteigen, nicht weil sie wollen, sondern weil sie selbst unter Quarantäne stehen. Oder einfach nicht mehr können.

Da ist aber noch ein ganz anderes „Ding“, das mich umtreibt. Und zwar die geplanten Covid-Impfungen. In der ersten Impfkampagne sind wir als Hausärzte außen vor, erst in der zweiten Impfkampagne sollen wir impfen. Damit habe ich kein Problem. Allerdings sollen wir auch bei den Patienten von Kampagne eins die Nachsorge übernehmen. Also mögliche Impfreaktionen und Nebenwirkungen festhalten, behandeln, dokumentieren und natürlich melden, und das bei 40 bis 50 Millionen Impfungen!

Mein dringender Appell an die Politik ist, sich von Experten der Versorgung bei der Planung unterstützen zu lassen. Damit meine ich ärztliche Kollegen, die jeden Tag und hauptberuflich in der Praxis und in der Versorgung arbeiten, weil nur diese die tatsächliche Arbeitsbelastung für die Kollegen und Praxen einschätzen können. Im Entwurf für die Covid-Impfkampagne steht, dass ein Arzt rund 100 Patienten pro Tag impfen soll. Wie soll so etwas geschehen? Am Fließband, ohne Gespräche, ohne Aussprache, Rückfragen nicht erlaubt? Wer trägt die rechtliche Verantwortung bei dieser Fließband-Medizin? Wenn man Experten der Versorgung gefragt hätte, wäre es zu diesen „Planungen“ erst gar nicht gekommen. Wir werden keine zweite Chance bekommen. Auch weil sonst die Akzeptanz in der Bevölkerung für neue Schutzmaßnahmen oder Impfungen massiv sinken wird.

Liebe Leser, ich halte mich weiter mit ganz viel Milchkeife und einer erhöhten Dosis Marzipan fit für die Versorgung. Leider hebt Marzipan nicht nur meine Stimmung, sondern auch mein Gewicht. Herzlichen Gruß, und bleiben Sie gesund – Ihr Landarzt

Dr. Thomas Assmann, 56 Jahre alt und Internist, hat eine Praxis im Bergischen Land. Er schreibt hier alle 14 Tage.